



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 92 Nov/2 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Testballon für Friedensgespräche in der Ukraine

uncut-news.ch, November 6, 2023



White House

Auf der Website von NBCnews ist ein Versuchsballon gestartet worden. Er testet die öffentliche Reaktion auf das bevorstehende Eingeständnis der Niederlage der USA und der NATO in der Ukraine:

US, europäische Beamte sprechen über Friedensverhandlungen mit der Ukraine, sagen Quellen – **NBCnews – Nov 03 2023**

WASHINGTON – Laut einem hochrangigen US-Beamten und einem ehemaligen hochrangigen US-Beamten, der mit den Gesprächen vertraut ist, haben amerikanische und europäische Beamte begonnen, mit der ukrainischen Regierung im Geheimen darüber zu sprechen, was mögliche Friedensverhandlungen mit Russland beinhalten könnten, um den Krieg zu beenden.

In derselben Woche erschien in «Time» ein Artikel über Selenskys Unwillen, die wirkliche Situation in der Ukraine anzuerkennen und seine Niederlage einzugestehen. In derselben Woche interviewte «The Economist» General Zaluzny, der optimistisch von einer Pattsituation an der Front sprach, obwohl seine Armee kurz vor der Auflösung stand.

Zusammengenommen könnten diese drei Beiträge Teil einer Kampagne der US-Regierung sein, die ihre Niederlage in der Ukraine eingestehen und gleichzeitig ihre ukrainischen Stellvertreter für die Folgen ihrer Fehler verantwortlich machen will.

Zurück zum NBC-Beitrag:

In den Gesprächen sei grob umrissen worden, was die Ukraine aufgeben müsse, um eine Einigung zu erzielen, sagten Beamte. Einige der Gespräche, die von offizieller Seite als heikel bezeichnet wurden, fanden im vergangenen Monat während eines Treffens von Vertretern aus mehr als 50 Ländern statt, die die Ukraine unterstützen, darunter auch NATO-Mitglieder.

Die Gespräche seien eine Anerkennung der Dynamik, die sich militärisch in der Ukraine und politisch in den USA und Europa abspiele, sagten die Beamten.

Sie begannen inmitten der Besorgnis amerikanischer und europäischer Beamter, dass der Krieg in eine Sackgasse geraten sei und man der Ukraine weiterhin Hilfe leisten könne, so die Beamten. Beamte der Biden-Administration seien auch besorgt, dass der Ukraine die Truppen ausgingen, während Russland über scheinbar endlose Reserven verfüge, so die Beamten. Die Ukraine kämpft auch mit Rekrutierungsproblemen und hat in letzter Zeit öffentliche Proteste gegen einige der unbefristeten Wehrpflichtbestimmungen von Präsident Wolodymyr Selensky erlebt.

Das Problem der ukrainischen Armee liegt auf der Hand. Ihr gehen die Männer aus und sie kann nur noch wenige rekrutieren. Es ist schwierig, die tatsächlichen Verluste der ukrainischen Armee zu beziffern, aber es würde mich nicht wundern, wenn sie sich auf etwa 300'000 Tote und mehr als 500'000 Verwundete belaufen, von denen viele zu Invaliden werden.

Endlich werden diese Sorgen um die ukrainischen Arbeitskräfte anerkannt:

US-Präsident Joe Biden habe sich intensiv mit dem Problem der schwindenden ukrainischen Streitkräfte befasst, sagten zwei mit der Angelegenheit vertraute Personen.

«Das Problem der Arbeitskräfte steht ganz oben auf der Liste der Sorgen der Regierung», sagte einer der beiden. Die USA und ihre Verbündeten können der Ukraine Waffen liefern, aber wenn sie keine fähigen Kräfte haben, um sie einzusetzen, nützt das nicht viel.

Der letzte Satz scheint aus dem «Time»-Artikel zu stammen:

In einigen Zweigen des Militärs ist der Personalmangel schlimmer als der Mangel an Waffen und Munition. Einer von Selenskys engen Mitarbeitern sagte mir, selbst wenn die USA und ihre Verbündeten alle versprochenen Waffen liefern würden, «hätten wir nicht die Männer, um sie zu bedienen».

Die Ukraine selbst **zerstört** ihre eigenen Brigaden schneller, als sie neue aufstellen kann:

In den vergangenen Tagen wurden Panzer der 47. Brigade (Leo 2) und der 10. Gebirgsbrigade (T-64BM/BV) in der Nähe von Awdijiwka gesichtet und zerstört. Beide Brigaden waren erst kürzlich bei ihren verzweifelten Angriffen an der Südfront aufgegeben worden. Es ergab keinen Sinn, ihre Überreste in eine weitere Schlacht zu werfen, ohne sie neu zu formieren. Alle Erfahrungen und Kenntnisse, die diese Brigaden gesammelt haben, gehen mit ihnen verloren.

Der gesamte professionelle Mittelblock der Armee, die Unteroffiziere und jungen Offiziere, sind zum grössten Teil getötet oder verwundet worden. Ohne sie ist es unmöglich, neue Truppen aufzustellen.

Der NBC-Bericht hat in der Ukraine Schlagzeilen gemacht (auf Russisch), aber ich habe noch keine ukrainischen Reaktionen darauf gefunden. Als ich diesen Artikel veröffentlichte, kam die erste politische Reaktion, eine totale Leugnung:

Selensky: Es gibt kein Patt und es wird keine Gespräche oder Zugeständnisse geben – **UA Pravda – Nov 4 2023**

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky sieht die Lage an der Front in der Ukraine nicht als Pattsituation an und hat erklärt, dass die Ukraine nicht mit Russland verhandeln werde.

...

Zitat Selensky: «Das ist keine Pattsituation. Russland kontrolliert den Himmel. Wir schützen unsere Truppen. Niemand [in der Ukraine] will unsere Leute einfach [in die Schlacht] werfen, wie es Russland tut [...].

Wie können wir das überwinden? Mit den F-16 müssen wir warten, bis unsere Leute ausgebildet sind und zurückkommen. Wenn es an der Front Luftabwehr gibt, werden unsere Soldaten vorrücken und die Ausrüstung einsetzen, die sie haben.

Was wird er sagen, wenn die F-16, diese fünfzig Jahre alten Wunderwaffen, schneller vom Himmel fallen, als sie aufsteigen?

Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass die Kluft zwischen der politischen und der militärischen Führung in der Ukraine immer grösser wird. Präsident Selensky hat auf Wunsch seines neuen Verteidigungsministers den Kommandeur der ukrainischen Spezialkräfte abgesetzt und einen neuen Kommandeur eingesetzt:

Generalmajor Viktor Chorenko kennt die Gründe für seine Entlassung als Kommandeur der Spezialkräfte nicht. Valerii Zaluzhnyi, Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, hat nicht um seine Entlassung gebeten.

Es ist sehr ungewöhnlich, einen Offizier ohne Antrag seines Vorgesetzten zu entlassen.

Auch auf Zaluzny selbst wurde geschossen:

Das Präsidialamt rät dem Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, die Lage an der Front nicht zu veröffentlichen – UA Pravda – 4. November 2023

Der stellvertretende Leiter des Präsidialamtes, Ihor Zhovkva, hat den Artikel des Oberbefehlshabers der ukrainischen Streitkräfte, Valerii Zaluzhnyi, für «The Economist» kommentiert und erklärt, dass das Militär nicht öffentlich machen sollte, was an der Front passiert.

...

Zhovkva erklärte auch, dass ihn «einer der Leiter der Führungsbüros» nach der Veröffentlichung des erwähnten Artikels angerufen habe.

«Er fragte mich panisch: «Was soll ich meinem Führer berichten? Sind wir wirklich in einer Sackgasse?» Ist es das, was wir mit diesem Artikel erreichen wollen?»

Der **NBC-Artikel** gibt der Ukraine sogar einen Zeitrahmen vor, innerhalb dessen sie zugeben muss, dass es vorbei ist:

Beamte haben auch hinter vorgehaltener Hand gesagt, dass die Ukraine wahrscheinlich nur bis Ende des Jahres oder kurz danach Zeit habe, bevor dringendere Gespräche über Friedensverhandlungen beginnen sollten. US-Beamte hätten ihre Ansichten über einen solchen Zeitrahmen mit europäischen Verbündeten geteilt, sagten Beamte.

Russland wird wahrscheinlich Friedensgesprächen zustimmen. Aber es wird wahrscheinlich mehr verlangen, als die Ukraine zu geben bereit ist. Das Minimum ist die volle Kontrolle über die fünf von Russland annektierten Oblaste, einschliesslich der Krim, und keine NATO-Beziehungen zur Ukraine. Das derzeitige ukrainische Parlament wird diese Forderungen wahrscheinlich ablehnen, was zu weiteren russischen Forderungen führen wird.

Kiew muss noch die Realität anerkennen. Der ukrainische Staat ist ausgeblutet – finanziell und physisch. Seine Herren haben erkannt, dass ihr Ziel zu Beginn des Krieges, Russland zu schwächen, das Gegenteil bewirkt hat. Russland verfügt heute über eine grössere und besser ausgerüstete Armee mit mehr echter Kriegserfahrung als jeder seiner potenziellen Gegner. Russland hat gewonnen.

QUELLE: THE UKRAINE PEACE TALK TRIAL BALLOON

Quelle: <https://uncutnews.ch/testballon-fuer-friedensgespraeche-in-der-ukraine/>

Wer den Frieden für die Ukraine nicht wollte und nicht will

Veröffentlicht am 6. November 2023

Der US-geführte Westen hat eine aussichtsreiche Friedensregelung für die Ukraine im Frühjahr 2022 verhindert. Das belegen der Politikwissenschaftler Hajo Funke und der ehemalige Bundeswehr-Generalinspekteur Harald Kujat in einer kürzlich veröffentlichten Analyse. Diese wird gestützt durch Aussagen des Ex-Bundeskanzlers Gerhard Schröder.

Der Politikwissenschaftler Hajo Funke und der ehemalige Bundeswehr-Generalinspekteur Harald Kujat schreiben in einer aktuellen Analyse:

«Anhand der öffentlich zugänglichen Berichte und Dokumente ist nicht nur nachvollziehbar, dass es im März 2022 eine ernsthafte Verhandlungsbereitschaft sowohl der Ukraine als auch Russlands gab. Offensichtlich einigten sich die Verhandlungspartner sogar ad Referendum auf einen Vertragsentwurf. Selenskyj und Putin waren zu einem bilateralen Treffen bereit, bei dem das Verhandlungsergebnis finalisiert werden sollte.»

Diese Analyse wurde kürzlich im Schweizer Magazin «Zeitgeschehen im Fokus» veröffentlicht. Darin zeigen die beiden Autoren, dass westliche Staaten, allen voran die USA und Grossbritannien, durch ihre Einmischung eine aussichtsreiche Friedensregelung nach dem russischen Einmarsch am 24. Februar 2022 verhinderten.

Funke und Kujat haben zahlreiche Dokumente und Veröffentlichungen dazu ausgewertet, die grösstenteils öffentlich zugänglich sind. Diese zeigen auch, dass die Behauptungen zahlreicher bundesdeutscher Politiker, Russland führe nicht nur einen «Angriffskrieg», sondern auch einen «Vernichtungskrieg» gegen die Ukraine, ohne Grundlage sind. Wäre das der Fall, hätte sich Moskau nicht frühzeitig auf Verhandlungen mit Kiew über ein Kriegsende eingelassen und dabei zahlreiche ukrainische Vorschläge in einen Vertragsentwurf eingearbeitet.



Bild: K. Demeter/Midjourney von TG.

«Substantielle Zugeständnisse von Putin»

Die beiden Autoren zeichnen die Verhandlungen zwischen beiden Seiten ab Ende Februar 2022 nach. Während Delegationen der Ukraine und Russlands bereits verhandelten, habe der frühere israelische Ministerpräsident Naftali Benett eine Vermittlungsmission in Moskau unternommen. Darum habe ihn der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky gebeten.

Dazu wird aus einem entsprechenden Bericht der «Berliner Zeitung» zitiert:

«In dem Gespräch im Kreml habe Putin, so Bennett, einige substanzielle Zugeständnisse gemacht, insbesondere habe er auf sein ursprüngliches Kriegsziel einer Demilitarisierung der Ukraine verzichtet. (...) Der ukrainische Präsident erklärte sich im Gegenzug bereit, auf einen NATO-Beitritt zu verzichten – eine Position, die er kurze Zeit später auch öffentlich wiederholte. Damit war eines der entscheidenden Hindernisse für einen Waffenstillstand aus dem Weg geräumt.»

Auch die parallellaufenden Verhandlungen der beiden Delegationen in Istanbul, vermittelt vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, seien aussichtsreich gewesen. Dabei habe Kiew einem Verzicht auf die NATO-Mitgliedschaft und auf ausländische Militärbasen zugestimmt. Moskau habe dagegen versprochen, alle eigenen Truppen abzuziehen, während es für den Donbass und die Krim Sonderregelungen geben sollte.

Die ukrainischen Vorschläge seien von der russischen Seite in einen Vertragsentwurf eingearbeitet worden. Funke und Kujat geben die Vorschläge ausführlich wieder. Sie verweisen auch darauf, dass eine Reihe westlicher Politiker diese Verhandlungen noch bis Mitte März 2022 unterstützte.

USA wollten keinen Frieden

Doch dann sei auf dem NATO-Sondergipfel am 24. März 2022 in Brüssel vom extra eingeflogenen US-Präsidenten Joseph Biden die Linie vorgegeben worden, die Friedensverhandlungen nicht mehr zu unterstützen.

«Offenkundig war ein Frieden, wie er von den russischen und ukrainischen Verhandlungsdelegationen ausgehandelt worden war, nicht im Interesse einiger NATO-Staaten», schreiben Funke und Kujat.

Die beiden Autoren beschreiben den weiteren Verlauf der Ereignisse.

Trotz der noch Ende März 2022 geäußerten Friedensbereitschaft Selenskys und seines russischen Amtskollegen Wladimir Putin verhinderte der Westen in der Folge ein frühzeitiges Kriegsende. Dazu wird aus der Washington Post vom 5. April 2022 zitiert:

«Für einige in der NATO ist es besser, wenn die Ukrainer weiterkämpfen und sterben als einen Frieden zu erreichen, der zu früh kommt oder zu einem zu hohen Preis für Kiew und das übrige Europa.»

Selensky solle «so lange weiterkämpfen, bis Russland vollständig besiegt ist».

Ebenso verweisen sie auf die Rolle des damaligen britischen Premierministers Boris Johnson, der am 9. April 2022 «unangemeldet» in Kiew eingetroffen sei. Er habe laut einem Bericht der Zeitung «Ukrainska Prawda» Selensky zwei Botschaften mitgebracht:

«Die erste lautet, dass Putin ein Kriegsverbrecher sei; man sollte Druck auf ihn ausüben, nicht mit ihm verhandeln. Die zweite lautet, dass selbst wenn die Ukraine bereit sei, mit Putin einige Vereinbarungen über Garantien zu unterzeichnen, es der kollektive Westen aber nicht ist.»

Johnson habe deutlich gemacht, dass der Westen die vermeintliche Chance nutzen wolle, Russland zu schwächen und Putin zu Fall zu bringen. Auch US-Kriegsminister Lloyd Austin habe nach seinem Kiew-Besuch am 25. April 2022 erklärt, die USA wollten die Gelegenheit nutzen, um Russland im Zuge des Ukraine-Kriegs auf Dauer militärisch und wirtschaftlich niederzuringen. Der US-Regierung sei es um einen Kampf gegen Moskau im Zuge eines neuen Kalten Krieges gegangen.

Funke und Kujat zitieren dazu auch den türkischen Aussenminister Mevlüt Çavuşoğlu, der später festgestellt habe:

«Einige NATO-Staaten wollten, dass der Krieg in der Ukraine weitergeht, um Russland zu schwächen.»

Sie geben ebenso die Einschätzung des bundesdeutschen Ex-UN-Diplomaten Michael von der Schulenburg wieder, der im März 2023 in der Zeitschrift Emma schrieb:

«Auch nach dem Ausbruch des Krieges wurden alle unternommenen Friedensbemühungen von der NATO, insbesondere von den USA und UK, torpediert.»

Die beiden Autoren betonen, dass im Frühjahr 2022 eine Chance auf Frieden für die Ukraine vertan wurde. Sie heben hervor, dass die mögliche Vereinbarung in Istanbul weitgehend auf Vorschlägen aus Kiew beruhte und «durchaus den ukrainischen Interessen entsprach». Und sie stellen dazu fest:

«Umso schwerer wiegt die westliche Intervention, die ein frühzeitiges Ende des Krieges verhinderte.»

Damit seien die Staaten, «die die Fortsetzung des Krieges verlangt haben», mitverantwortlich für die «schwerwiegenden Konsequenzen für die Ukraine und deren westliche Unterstützer». Funke und Kujat sehen eine letzte Chance für eine Friedenslösung durch Verhandlungen in einem Waffenstillstand.

Schröder scheiterte mit Friedensmission

Ihre Aussagen werden unter anderem gestützt von Aussagen des Ex-Bundeskanzlers Gerhard Schröder in einem Interview mit der «Berliner Zeitung» Ende Oktober. Schröder war im März 2022 in Moskau und sprach mit Putin – auf ukrainische Bitte und darum begleitet vom heutigen Kiewer Kriegsminister Rustem Umjerow, wie er nun erklärte. Der Zeitung sagte er:

«Man könnte den Krieg beenden, wenn nicht geopolitische Interessen im Spiel wären.»

Und:

«Die Einzigen, die den Krieg regeln könnten gegenüber der Ukraine, sind die Amerikaner. Bei den Friedensverhandlungen im März 2022 in Istanbul mit Rustem Umjerow haben die Ukrainer keinen Frieden vereinbart, weil sie nicht durften. Die mussten bei allem, was sie beredet haben, erst bei den Amerikanern nachfragen.»

Die Verhandlungen seien trotz aller beidseitigen Zugeständnisse gescheitert, weil in Washington entschieden worden sei, dass es keinen Frieden geben dürfe. Auch die Europäer hätten versagt, so der Ex-Kanzler, weil sie nicht das «Fenster» für eine Friedenslösung im März 2022 nutzten, als Kiew selbst dazu bereit war, über die Krim zu verhandeln.

«Ich glaube, die Amerikaner haben den Kompromiss zwischen der Ukraine und Russland nicht gewollt. Die Amerikaner glauben, man kann die Russen klein halten.»

Quelle: <https://transition-news.org/wer-den-frieden-fur-die-ukraine-nicht-wollte-und-nicht-will>

Putin sagt, westliche Nationen ändern ihre Meinung über den Sieg gegen Russland und haben jetzt ein ernstes Problem

uncut-news.ch, November 6, 2023

Der russische Präsident Wladimir Putin hat vor einem nationalen politischen Beratungsgremium erklärt, dass Russland den Westen gedemütigt habe und nach mehr als anderthalb Jahren Krieg in der Ukraine und nach der zunehmenden militärischen und geheimdienstlichen Einmischung der NATO immer noch unbesiegt sei.

Putin versicherte, dass die westlichen Staaten langsam ihre Sicht der Dinge ändern: «Sie ändern jetzt ihren Ton, sie sagen andere Dinge», sagte der russische Staatschef am Freitag auf einer Konferenz der Bürgerkammer, wie die staatlichen Medien übersetzten.



kremlin

Er wertete dies als Ermutigung für Russland, seinen Weg der Stärkung aller Aspekte der Gesellschaft fortzusetzen, insbesondere auf wirtschaftlicher und militärischer Ebene. «Sie (die EU-Staaten) haben unsere Energie ausgeschlossen. Und was jetzt? Was ist das Ergebnis? Unser BIP wird in diesem Jahr um [bis zu] 3% wachsen, während die führenden europäischen Volkswirtschaften schrumpfen», sagte er in seiner Rede. «Sie leiden, sie haben echte Probleme», betonte er und fügte hinzu: «Das bedeutet nicht, dass wir aggressiv sein sollten. Es bedeutet, dass wir in jeder Hinsicht souverän sein müssen.»

Seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine hat die Biden-Administration offen erklärt, Russland «schwächen» und ihm letztlich eine «strategische Niederlage» zufügen zu wollen.

Am Donnerstag stellten die USA eine neue Runde von Sanktionen gegen Moskau vor, die, wie Reuters beschreibt, «unter anderem auf Russlands zukünftige Energiekapazitäten, die Umgehung von Sanktionen und eine Selbstmorddrohne, die eine Bedrohung für ukrainische Truppen und Ausrüstung darstellte, in Sanktionen gegen Hunderte von Personen und Einrichtungen» abzielen.

Der Kreml wies den Vorstoss zurück. Die Sprecherin des Ausussenministeriums, Maria Sacharowa, sagte: «Das ist eine Fortsetzung der Politik, uns eine – wie sie es nennen – strategische Niederlage zuzufügen.» Sie fügte hinzu: «Darauf werden sie ewig vergeblich warten.»

Unterdessen warnt der Atlantic Council in einem neuen Positionspapier die NATO-Verbündeten, dass «Putin gewinnen wird, wenn der Westen sich nicht endlich für einen ukrainischen Sieg einsetzt»:

Diese Faktoren bedeuten, dass es für Putin derzeit kaum einen Anreiz gibt, den Krieg zu beenden. Denn alles andere als ein klarer militärischer Sieg Russlands würde wahrscheinlich unangenehme Fragen nach den russischen Opfern seit Beginn der Invasion aufwerfen. Aus Putins Sicht ist es viel besser, einen langfristigen Konflikt in der Ukraine mit der Aussicht auf immer günstigere Umstände aufrechtzuerhalten.

Die Falken befürchten, dass Putin den Sieg davontragen wird, wenn nicht dringend mehr getan wird, um Kiew zu unterstützen, einschliesslich der Lieferung modernerer Waffen und weiterer Milliarden an Verteidigungshilfe. Bisher ist jedoch klar, dass die ukrainische Offensive gestoppt und zurückgeschlagen wurde, egal, wie viele Milliarden ausgegeben wurden.

QUELLE: PUTIN SAYS WESTERN NATIONS ARE 'CHANGING TUNE' ON DEFEATING RUSSIA

Quelle: <https://uncutnews.ch/putin-sagt-westliche-nationen-aendern-ihre-meinung-ueber-den-sieg-gegen-russland-und-haben-jetzt-ein-ernstes-problem/>

Israelische Daten, die im März 2023 veröffentlicht wurden, beweisen, dass die Impfstoffe Menschen töten. Wie kann es sein, dass das niemand bemerkt hat?? Hallo!?!?

uncut-news.ch, November 6, 2023

Israelische Daten, die im März 2023, veröffentlicht wurden, beweisen, dass die Impfstoffe Menschen töten. Wie kann es sein, dass das niemand bemerkt hat?? Hallo!?!?

Steve Kirsch



Hamed Jafarnejad

Im März 2023 legte Professor Retsef Levi vom MIT eine beunruhigende Zahl vor, die vom israelischen Gesundheitsministerium produziert wurde. Dies ist unumstösslicher Beweis dafür, dass die Impfstoffe Menschen töten. Niemand hat es bemerkt.

Zusammenfassung

- Die Impfstoffe töten eindeutig Menschen. Das kann man aus den Daten des israelischen MoH sehen. Aber diese Daten wurden erstmals in einem Tweet von MIT-Professor Retsef Levi am 7. März 2023 öffentlich gemacht. Es machte keinen Unterschied.
- Die medizinische Gemeinschaft und die Gesundheitsbehörden sind einfach unfähig oder korrupt oder beides. Man kann nicht eine neunfache Variation in Abbildung 2 haben. Das ist verrückt. Jeder vernünftige Mensch hätte sofort ein Ende des Impfprogramms gefordert. Wie kommt es, dass das jeder in der Mainstream-Medizin übersehen hat?
- Ihr Risiko zu sterben, steigt monoton von dem Zeitpunkt an, an dem Sie die Spritze bekommen, und erreicht etwa 3 bis 4 Monate nach der 2. Injektion seinen Höhepunkt. Bei anderen Dosen steigt es einfach an und dann bleibt es konstant.
- Die Mortalitätsrisikokurve ist entgegengesetzt in der Steigung zu dem, was Ärzte erwarten (man ist später eher gefährdet zu sterben als früher), so dass Ärzte den Tod nicht mit der Impfinjektion in Verbindung bringen. Dies ermöglicht es dem Impfstoff, unentdeckt unter dem Radar zu bleiben.
- Ihr Risiko zu sterben, steigt exponentiell mit jeder Impfnummer. Zum Beispiel, wenn Ihr Risiko zu sterben nach der ersten Injektion um 5% gestiegen ist, könnte es nach der zweiten um weitere 6%, nach der dritten um weitere 9%, nach der vierten um 18%, nach der fünften um 50% usw. steigen. Es ist, als würden Sie sich jedes Mal selbst ein Gift schießen. Das erklärt, warum die Übersterblichkeit weltweit weiterhin ansteigt, obwohl die Booster-Aufnahme zurückgeht.
- Die Chargenvariation ist real. Einige Chargen töten pro Dosis 30-mal mehr als andere. Wie ist das möglich mit einem sicheren Impfstoff? Dies allein sollte die Erzählung von «sicher und wirksam» beenden.
- Der gesunde Impfstoff-Zeiteneffekt ist kompletter Unsinn, eine Gaslighting-Technik, die verwendet wird, um die Daten zu erklären. Die unten gezeigten israelischen Daten machen das kristallklar. HVE, wenn es existiert, sollte ein exponentiell abklingender Effekt sein, wie die Ladungskurve eines Kondensators.
- Der Mangel an Transparenz von aufzeichnungsbasierten öffentlichen Gesundheitsdaten ermöglicht es ihnen, weiterhin Menschen zu töten, ohne erwischt zu werden. Niemand, der die Impfstoffe vorantreibt, fordert die Daten-Transparenz von öffentlichen Gesundheitsdaten. Dies ist ein riesiges Warnzeichen. Dies ist ein Zeichen für eine korrupte, ausser Kontrolle geratene Regierung. Und nein, man kann diese Informationen nicht per FOIA anfordern. Das wurde noch nie gemacht. Sobald diese Daten öffentlich gemacht werden, ist alles vorbei.

Wenn die Regierung alle COVID-Impfstoff-Fehlinformationen sofort stoppen will, ist die Lösung, die Daten freizusetzen, wie ich in der Vergangenheit geschrieben habe. Warum tun sie das nicht? Antwort: Joe Biden müsste dann die Verantwortung für all die Amerikaner übernehmen, die unter seiner Führung getötet wurden, um die Stösse voranzutreiben.

Nicht ein einziger Befürworter von Impfstoffen fordert die Transparenz von öffentlichen Gesundheitsdaten. Auch kein Impfstoffhersteller fordert sie. Wenn die Impfstoffe wirklich funktionieren würden, hätten die Pharmaunternehmen es in ihre Verträge aufgenommen, um die Staaten zu zwingen, die Gesundheitsdaten zu veröffentlichen, damit sie den Menschen zeigen können, wie gut das Produkt ist und um alle Fehlinformations-Superverbreiter wie mich davon abzuhalten, beim Publikum Anklang zu finden. Stattdessen scheinen sie zu wollen, dass alle Daten mindestens 75 Jahre lang verborgen bleiben. Wie ist das im öffentlichen Interesse? Das sagt Ihnen alles, was Sie wissen müssen, oder?

Über die MoH-Daten

Ich bin jetzt sicher, dass die MoH-Daten nicht manipuliert wurden, weil ich sie mit anderen Daten verglichen habe, bei denen ich die Herkunft kenne und sie stimmen überein (d.h., die Todesrate bei Schuss 2 erreicht etwa nach 100 Tagen ihren Höhepunkt und liegt bei etwa dem zweifachen der minimalen Todesrate). Ausserdem, wenn sie die Daten manipuliert hätten, würden sie nicht versuchen, sie hinter einer Firewall zu verstecken; sie würden sie öffentlich machen.

MoH-Daten beweisen, dass die Impfstoffe Menschen töten

Ich habe diese Daten erstmals am 9. März 2023 in meinem Artikel veröffentlicht: Die neue israelische MoH-Studie zeigt, dass COVID-Impfung Ihr Sterberisiko über die Zeit erhöht.

Hier sind die zwei Schlüsselgrafiken aus diesem Artikel. Beide sind Tage bis zum Tod, wenn Ihre letzte Injektion Schuss #2 ist:

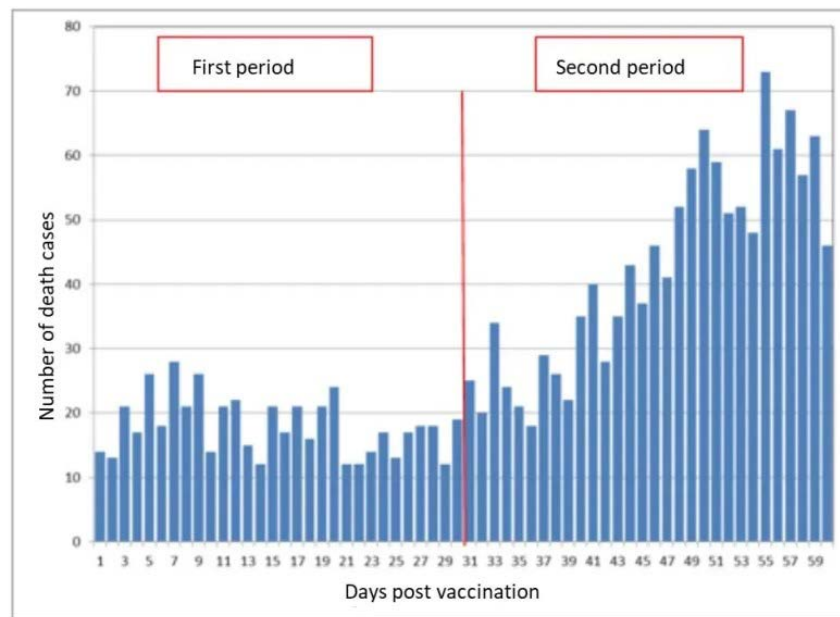


Abbildung 1: Die Sterblichkeitsrate nach 60 Tagen ist doppelt so hoch wie die Sterblichkeitsrate in den ersten 30 Tagen. Bei einem sicheren Impfstoff sollten alle Balken gleich hoch sein. Es gibt keine zeitliche HVE; wenn es eine gäbe, wäre der erste Balken der niedrigste. Die Daten wurden erstmals am 7. März 2023 von Professor Retsef Levi vom MIT veröffentlicht.

Chart 3: Distribution of deaths according to the number of days from the day of vaccination to 200

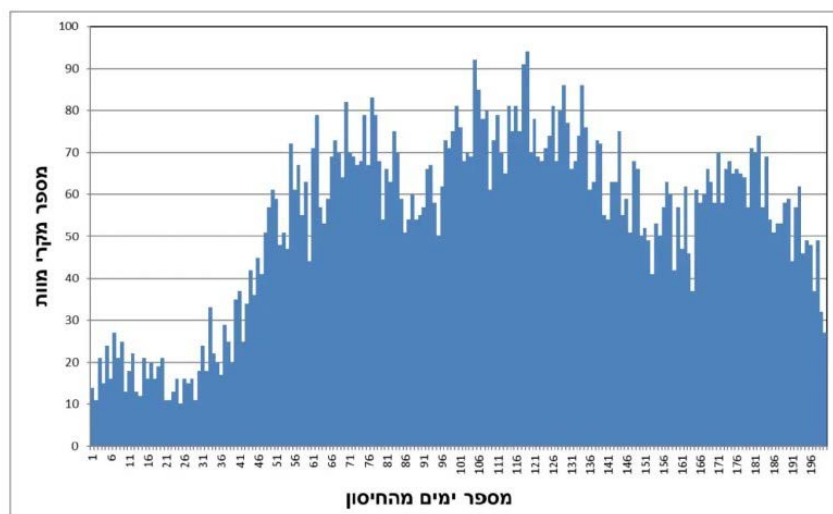


Abb. 2 ist eine erweiterte Version von Abb. 1. Das Mortalitätsrisiko nach Impfung Nr. 2 erreicht seinen Höhepunkt etwa 100 Tage (3 Monate) nach der Impfung. Wenn der Impfstoff sicher wäre, wären alle Balken in diesem Diagramm genau gleich hoch. Dies ist ein totales Desaster. Hier gibt es eine neunfache Abweichung. Die medizinische Gemeinschaft ist inkompetent. Das ist ein Stoppsignal.

Grafik 2 ist ein Zugunglück.

Man kann keine neunfache Variation in der Balkenhöhe haben mit einem sicheren Impfstoff. Tut mir leid. Auf keine mögliche Weise.

Die medizinische Gemeinschaft ignoriert dies. Das ist unverantwortlich.

Grafik 2 schreit: «Ich töte Menschen. Stoppt mich.»

Alle schauen weg, ausser mir. Ich bin der einzige Kerl auf der Welt, soweit ich weiss, der das anprangert. Das ist kristallklar.

Versuche, die Menschen irrezuführen.

Menschen versuchten, Abb. 2 mit Dingen wie dem mythischen gesunden Impfstoffeffekt, auch bekannt als HVE (der zeitliche Typ), zu erklären:

Saisonalität (ältere Menschen sterben im Winter viel häufiger)

Diese Erklärungen passen nicht zu den Daten:

HVE ist null. Wenn es einen HVE gäbe, wäre die ersten Balken niedriger als alle anderen Balken. Aber die Balken berühren den niedrigsten Punkt viele Male in den ersten 30 Tagen, wie man aus den MoH-Daten sehen kann.

Saisonalität verursacht keinen Tod, der sich in 30 Tagen verdoppelt, wie wir oben sehen können. Und Saisonalität ist nie mehr als ein zweifacher Unterschied.

Zum Vergleich, hier ist Dosis 2 aus einer anderen vollständig berichteten Quelle, wo man sehen kann, wie sich die Todesrate nach einem Monat verändert:

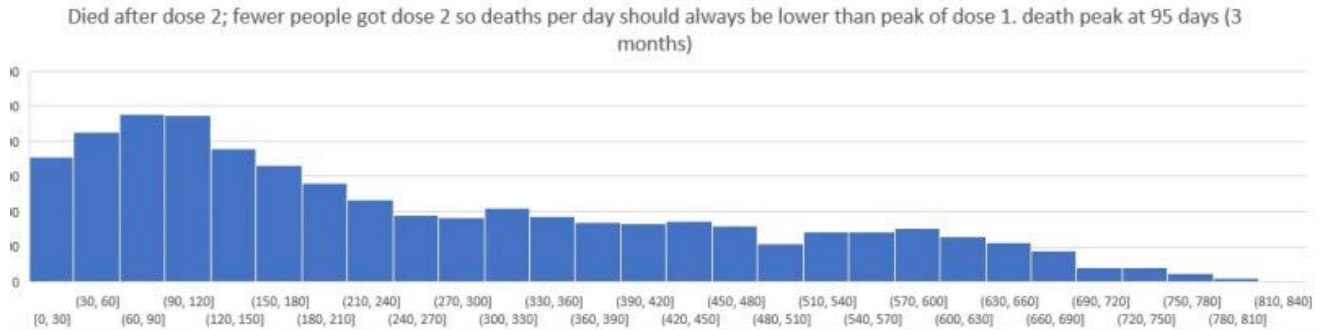
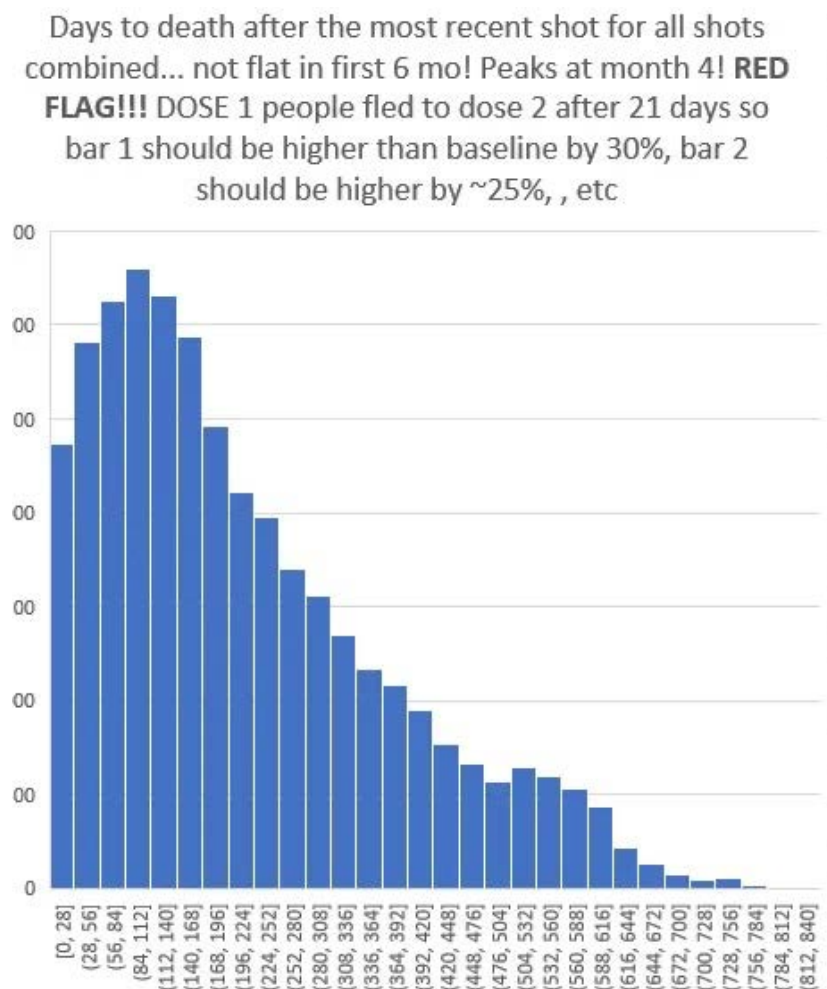


Abbildung 3: Betrachtet man eine vergleichbare Dosis-2-Mortalitätskurve aus einer anderen Quelle, so erkennt man den gleichen Peak 3 bis 4 Monate nach der Impfung. Die Skalierung der y-Achse wurde absichtlich ausgeblendet.

Und so sieht es aus, wenn man alle Tage bis zum Tod seit der letzten Aufnahme in ein Diagramm einträgt:



Tage bis zum Tod nach der letzten Impfung. Bei einem sicheren Impfstoff sollte der erste Balken um 25% oder mehr am höchsten sein, und die anderen Balken für die ersten 6 Monate sollten ungefähr gleich sein. Dies ist kein sicherer Impfstoff.

Das Problem besteht darin, dass die Menschen, die Dosis 1 erhalten, nur 3 Wochen dauert, bevor sie Dosis 2 erhalten, so dass der erste Balken oben die meisten Todesfälle aufweisen sollte, etwa 25% mehr als die anderen 5 Balken danach. Das ist ein grosses Problem.

Auswirkungen auf SCCS-Studien wie die von Joe Ladapo in Florida

Die Methoden der selbstkontrollierten Fallserien (SCCS), die verwendet werden, um eine überhöhte Sterblichkeit festzustellen, werden für den COVID-Impfstoff nicht funktionieren, es sei denn, man kehrt die Logik um.

Bei den meisten Interventionen treten Nebenwirkungen unmittelbar nach der Intervention auf und verschwinden dann wieder. Bei den COVID-Impfstoffen ist es genau umgekehrt.

Die herkömmliche SCCS-Logik lässt den COVID-Impfstoff also als lebensrettend erscheinen, während er in Wirklichkeit Menschen tötet!

Warum haben die Ärzte die Todesfälle durch den COVID-Impfstoff nicht bemerkt und wie konnte er unter dem Radar bleiben?

Ganz einfach. Ärzte gehen davon aus, dass die meisten Todesfälle durch einen Impfstoff kurz nach der Injektion auftreten. Wenn jemand 6 Monate später stirbt, kann es nicht am Impfstoff gelegen haben.

Heute wissen wir, dass das Gegenteil der Fall ist..., dass es wahrscheinlicher ist, 3 bis 6 Monate nach der Impfung zu sterben als direkt nach der Impfung.

Das ist der Grund, warum der COVID-Impfstoff so «sicher» erscheint. Denn er tötet langsam und allmählich. Die Ärzte wissen nicht genug von der Reaktionskurve (weil sie ihnen vorenthalten wird).

Chargenschwankungen: Wie schlecht ist meine Charge?

Früher habe ich mich nie mit der Analyse «Wie schlecht ist meine Charge» beschäftigt, weil der Nenner geheimgehalten wird und somit alle Schlussfolgerungen angreifbar sind. Der Nenner wird geheim gehalten, damit die Öffentlichkeit nicht die Wahrheit darüber erfährt, wie tödlich das Produkt ist. Wenn es sich um einen sicheren Impfstoff handelt, sollte die Zahl der Todesfälle pro Charge relativ konstant sein.

Die Arzneimittelhersteller wissen, dass einige Chargen 30-mal oder mehr tödlicher sind als andere, aber indem sie die Anzahl der Ampullen, die in die Arme injiziert werden, verschweigen, können sie die Öffentlichkeit im Unklaren darüber lassen, ob es ein Sicherheitssignal gibt oder nicht. Und genau das tun sie.

Nachdem ich kürzlich Daten erhalten hatte, die eine mehr als 30-fache Abweichung zwischen den Chargen zeigten, habe ich mir die Website How Bad is My Batch angesehen und festgestellt, dass es sich nicht um ein Artefakt, sondern um die Realität handelte.

Es dauerte nur 2 Minuten. Diese Website allein ist der Beweis für eine enorme Übersterblichkeit. Mehr braucht man wirklich nicht.

Warum fordert niemand in der medizinischen Gemeinschaft, dass die Daten über Chargennummern, Injektionen und Sterblichkeit veröffentlicht werden? Warum schreibt die NY Times keinen Meinungsartikel zu diesem Thema?

Der einzige Grund, dies nicht zu veröffentlichen, ist, dass man versucht, Menschen zu töten, ohne entdeckt zu werden.

Die Folgen

Hier ist eine kurze Zusammenfassung der Dinge, die für die Menschen jetzt notwendig sind:

- Der Impfstoff ist nicht sicher und sollte sofort vom Markt genommen werden. Der Impfstoff tötet Menschen. Daran gibt es keinen Zweifel. Der einzige Grund, warum er noch auf dem Markt ist, ist, dass wir niemanden mit Autorität dazu bringen können, sich die Daten anzusehen. Alle weigern sich, zuzuhören.
- Das Sterberisiko ist umgekehrt zu dem, was die Ärzte erwarten (man stirbt eher später als früher), so dass die Ärzte einen Todesfall nicht mit dem Impfstoff in Verbindung bringen. Auf diese Weise kann der Impfstoff unter dem Radar bleiben, ohne entdeckt zu werden.
- Das Sterberisiko steigt mit jeder Impfung monoton an und erreicht seinen Höhepunkt etwa 3 bis 4 Monate nach der zweiten Impfung. Bei den anderen Dosen steigt es nur an und stabilisiert sich dann. Für die Dosis 1 liegen nicht genügend Daten vor, um eine Aussage zu machen, ausser dass sie in den ersten drei Wochen monoton ansteigt und danach keine weiteren Angaben gemacht werden können, bis vollständigere Daten veröffentlicht werden.
- Das Mortalitätsrisiko steigt exponentiell mit jeder Schusszahl. Wenn das Mortalitätsrisiko z.B. mit der ersten Injektion um 5% gestiegen ist, könnte es mit der zweiten Injektion um weitere 6% steigen, mit der dritten um weitere 9%, mit der vierten um 18%, mit der fünften um 50% und so weiter. Dies erklärt, warum die Zahl der zusätzlichen Todesfälle weltweit zunimmt, obwohl die Zahl der Auffrischimpfungen abnimmt, was wir bisher nicht erklären konnten!

- Die Variabilität ist real. Ich habe früher gezögert, mich zu diesem Thema zu äussern, weil wir nicht wussten, wie viele Impfstoffe von jeder Chargennummer tatsächlich verabreicht wurden, aber jetzt habe ich zu viele Daten aus zu vielen Quellen gesehen (einschliesslich Kevin McKernans Arbeit über DNA-Plasmid-Verfälschung), die zu der unveränderlichen Schlussfolgerung führen, dass nicht alle Chargen gleich sind und es wahrscheinlich eine 30-fache oder grössere Variation bei den Todesfällen pro Dosis zwischen heissen und kalten Chargen gibt. Das ist erstaunlich. Es gibt buchstäblich keine Qualitätskontrolle für diese Impfstoffe in Bezug auf das klinische Ergebnis (es werden nur Dinge untersucht, die keinen Einfluss auf das klinische Ergebnis haben). Selbst Daten über Chargennummern und Todesfälle werden der Öffentlichkeit vorenthalten. Es gibt absolut keine Rechtfertigung dafür, die Anzahl der Injektionen und die Anzahl der Todesfälle für jede Chargennummer nicht zu veröffentlichen. Wenn sie das getan haben, ist alles vorbei.
- Es gibt keinen zeitlich begrenzten Impfeffekt (HVE). Wenn sie das behaupten, wollen sie Sie in die Irre führen. Anhand der israelischen Daten können Sie selbst sehen, dass, wenn es einen Effekt gibt, er nicht messbar ist. Er ist im Wesentlichen gleich 0, nicht nachweisbar.
- Mit einer vollständigen Datensammlung auf Rekordniveau bräuchten wir über all das nicht zu spekulieren. Aber wir wissen jetzt, warum niemand die Daten herausgeben will. Sie wollen es nicht einmal selbst wissen. Auf meine Bitte hin hat Peter Baldrige gerade eine FOIA-Anfrage an das kalifornische Gesundheitsministerium geschickt, um eine Analyse der Daten zu erhalten, wie wir es oben getan haben, und ich bin mir ziemlich sicher, dass sie absolut nichts getan haben.
- Wir wissen bereits mit Sicherheit, dass die Impfstoffe eine grosse Zahl von Todesfällen verursachen. Die einzige Frage, die wir bisher nicht beantwortet haben, ist, wie schlimm es wirklich ist. Niemand will die Rekorddaten veröffentlichen, damit wir das herausfinden können. Ich vermute, dass es ihnen so gefällt.

Der Mangel an Datentransparenz im Bereich der öffentlichen Gesundheit ist buchstäblich tödlich für die Menschen. Wenn die Rekorddaten jemals an die Öffentlichkeit gelangen, sind die Impfstoffe hinfällig. Deshalb halten alle Gesundheitsbehörden weltweit diese Daten unter Verschluss. Sonst ist das Spiel vorbei, nicht nur für die COVID-Impfstoffe, sondern für viele, wenn nicht für alle Impfstoffe.

Um dieses Problem zu lösen, benötigen wir Gesetze. Bisher ist es mir nicht gelungen, einen Gesetzgeber dazu zu bewegen, die Gesundheitsbehörden zu zwingen, die Daten über die öffentliche Gesundheit zu veröffentlichen. Niemand reagiert auf meine Appelle. Alle ignorieren mich. Aber mit Ihrer Unterstützung werde ich nicht aufhören, es zu versuchen. Die einzige gute Nachricht ist, dass sich das bald ändern wird. Endlich. Ich werde nicht sagen, wo auf der Welt, aber Sie werden es bald herausfinden. Es scheint, dass die Pharmaunternehmen nicht alles kontrollieren.

Die gute Nachricht ist, dass ich zwei Schwachstellen in ihrer Rüstung gefunden habe

Es gibt immer Risse, und ich habe endlich zwei kleine gefunden, die sie nicht abgedeckt haben. Oder besser gesagt, sie haben mich beide gefunden. Bleiben Sie dran. Das kann gross werden. Wirklich gross.

Wenn Ihnen meine Arbeit gefällt, Korruption in der Regierung aufzudecken, sollten Sie in Erwägung ziehen, ein bezahltes Abonnement zu werden. Mit einem Abonnement für nur \$5/Monat unterstützen Sie unsere Bemühungen, die Korruption in der Regierung aufzudecken und die Verabschiedung von Gesetzen zur Transparenz öffentlicher Gesundheitsdaten zu erreichen.

Ausserdem gebe ich meinen zahlenden Abonnenten Tipps, die einen Mehrwert bieten, der die Kosten des Abonnements übersteigt.

Wenn Sie damit nicht einverstanden sind, können Sie den Newsletter jederzeit abbestellen.

Vielen Dank!

Zusammenfassung

Die Daten des israelischen Gesundheitsministeriums wurden erstmals in einem Tweet von MIT-Professor Retsef Levi am 7. März 2023 veröffentlicht. Es machte keinen Unterschied, weil das Gesundheitsministerium die Menschen glauben liess, dass es normal sei. Niemand hat es bemerkt.

Aber jetzt habe ich ausreichend Daten aus vielen Quellen gesammelt, um zu wissen, dass sie mit ihrer Interpretation gelogen haben. Es gibt keinen HVE-Effekt. Die von Professor Levi gepostete Grafik ist die einzig wahre und kann nicht erklärt werden, wenn die Impfstoffe nicht tödlich sind.

Die Impfstoffe sind tödlich, und ich kann jetzt jeden Datenwissenschaftler der Welt davon überzeugen.

Leider will sich keine Gesundheitsbehörde der Welt die Daten ansehen, auch wenn sie aus «Goldstandard»-Quellen stammen. Sie wollen es nicht wissen. Es spielt keine Rolle, wie stark das Signal ist oder wie glaubwürdig die Daten sind oder wie viele Beweise wir haben. Es spielt keine Rolle. Sie wollen es nicht wissen.

Also spielt das alles im Moment keine Rolle. Wir können sie nicht zwingen, Dinge zu sehen, die sie nicht sehen wollen.

Ich werde es weiter versuchen, und ich bin zuversichtlich, dass die Dinge in weniger als einem Jahr ganz anders aussehen werden.

In der Zwischenzeit bitte ich Sie, meine Arbeit zu unterstützen.

Vielen Dank.

PEOPLE.QUELLE: COME BREAKING: ISRAELI MOH DATA RELEASED IN MARCH 2023 PROVES THE VACCINES ARE KILLING HOW NOBODY NOTICED?? HELLO!?!?

Quelle: <https://uncutnews.ch/israelische-daten-die-im-maerz-2023-veroeffentlicht-wurden-beweisen-dass-die-impfstoffe-menschen-toeten-wie-kann-es-sein-dass-das-niemand-bemerkt-hat-hallo/>

Zwei Möglichkeiten für die USA: Selensky zum Rücktritt überreden oder ihn liquidieren

5 Nov. 2023 21:09 Uhr

Das unberechenbare Verhalten des ukrainischen Staatschefs und sein zunehmender Messias-Komplex bedeuten, dass er jetzt zu einem Vorteil für Moskau geworden ist. Je länger Selensky an der Macht bleibt, umso eher wird er die Ukraine an den endgültigen Zusammenbruch führen.

Von Sergei Poletajew

Die Novemberausgabe des «Time-Magazins» zeigt auf dem Titelbild ein kleines Bild von Wladimir Selensky und darüber steht in grossen Lettern das Wort «Niemand». Dieses Wort ist Teil der längeren Überschrift «Niemand glaubt so an unseren Sieg wie ich». Aber was auch immer die Gestalter der Titelseite im Sinn hatten, die subtile Botschaft ist offenkundig: Selensky ist zu einem Niemand geworden. Der Artikel zum Titelbild war nicht weniger aufsehenerregend. Er machte vor allem eines klar: Russland muss Selensky jetzt wie seinen Augapfel behandeln, denn niemand verursacht mehr Chaos in der Durchführung der militärischen Operationen auf ukrainischer Seite und bringt mehr Unfrieden in die Beziehungen Kiews zum Westen als er.

Der Artikel beschreibt, wie Selensky, der sich als Retter der Menschheit sieht, immer mehr den Bezug zur Realität verliert: Er war es, der gefordert hat, dass Artjomowsk (Bachmut) um jeden Preis gehalten werden müsse, und verbrannte damit militärische Reserven, die für die Sommer-Gegenoffensive bestimmt waren. Er ist es, der immer noch zu einer Offensive in Richtung Süden aufruft, in sinnlosen Angriffen erneut sein eigenes Volk und wertvolle westliche Ausrüstung in die Vernichtung treiben will und dadurch einen Konflikt mit seiner eigenen Armeeführung anheizt. Er ist es, der eine Offensive gegen Gorlowka fordert.

Und solange Selensky Präsident ist, wird es in der Ukraine niemand wagen, Verhandlungen mit Russland in Erwägung zu ziehen, deren Notwendigkeit immer offensichtlicher wird. Und das alles vor dem Hintergrund einer gigantischen Korruption, die im Land grassiert.

Der Artikel im «Time-Magazin» ist ein Wendepunkt im Ukraine-Konflikt. Die US-amerikanischen Eliten haben erkannt, dass, solange Selensky in der Ukraine an der Macht ist, die westliche Unterstützung entweder für die egozentrischen Ambitionen eines einzelnen Mannes sinnlos verbrannt oder einfach geplündert wird – was beides zum Vorteil Russlands geschieht.

Offensichtlich muss Washington den in Ungnade gefallenen Möchtegern-Napoleon durch jemanden ersetzen, der besser zu lenken ist. Die Frage ist bloss, wie das vonstattengehen soll. Am besten auf eine solide Art und Weise – indem zu gegebener Zeit im nächsten Frühjahr Präsidentschaftswahlen organisiert werden. Einige Bestrebungen in diese Richtung haben bereits begonnen. Die politische Szene kehrt allmählich wieder ins Leben zurück. Helden von gestern wie Petro Poroschenko und Julia Timoschenko sind wieder aufgetaucht. Sogar der ehemalige Berater von Selensky, Alexei Arestowitsch, der vor einem Jahr noch begeistert vom bevorstehenden Endsieg der Ukraine fabulierte, hat geschickt sein Pferd gewechselt und damit begonnen, die Wahrheit über die katastrophale Führung seines ehemaligen Chefs ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen.

Aber Selensky stemmt sich dagegen, wie er wiederholt mit unterschiedlicher Deutlichkeit klargemacht hat: Wer benötigt schon Wahlen, solange er die Menschheit rette? Wenn man Wahlen abhalten möchte, dann solle man diese auf eigene Kosten veranstalten, am besten mit Geld aus dem Westen. Geld für Wahlen sei nicht vorhanden. Allerdings ist auch die ukrainische Öffentlichkeit gegen Neuwahlen. Verschiedenen Umfragen zufolge sind 60 bis 80 Prozent der Ukrainer der Meinung, dass die nächsten Präsidentschaftswahlen nach dem Ende der Feindseligkeiten mit Russland stattfinden sollten.

Die öffentliche Meinung hätte ignoriert werden können – was dem Usus in den westlichen Demokratien entsprochen hätte, aber wenn Selensky zur Wiederwahl antreten sollte, wird er diese gewinnen. Er ist in den Augen der Ukrainer immer noch der beliebteste Politiker, mit 76 Prozent Zustimmung. Nur die ukrainische Armee hat höhere Zustimmungswerte. Selensky ist beliebter als alle anderen möglichen Kandidaten für das Amt des Präsidenten. Dies ist das Ergebnis von zwei Jahren laufender Militärpropaganda und der

Informationsblase, in der die ukrainische Gesellschaft gefangen ist, die durch eine Gehirnwäsche zu der Überzeugung gelangt ist, dass das Land gewinnt.

Überdies stellten Selensky und sein Gefolge unter Führung der grauen Eminenz Andrei Jermak die politische Opposition im Land kalt und zerschlugen das traditionelle System, das innerhalb der ukrainischen Eliten geherrscht hat, in dem Oligarchen Parteien organisierten und Präsidentschaftskandidaten nach ihren Wünschen bestimmten. Selensky und Jermak schufen eine für ukrainische Verhältnisse beispiellose Machtvertikale, die auf einen eng verbundenen Freundeskreis beschränkt ist. Generell ist der Prozess des Abbaus traditioneller regionaler Privilegien – der bereits unter Poroschenko begonnen hatte – abgeschlossen: Jetzt müssen alle Anweisungen aus Kiew entgegengenommen werden, und alle Finanzströme – die fast ausschließlich aus westlichen Geldern bestehen – fließen zunächst über die Hauptstadt. Auch der Informationsbereich wurde konsolidiert. Es gibt im Land fast keine von der Präsidentialverwaltung unabhängigen Medien mehr.

All dies bedeutet, dass die USA nicht in der Lage sein werden, rasch ein politisches Projekt auf die Beine zu stellen, um Selensky auszutauschen. Paradoxerweise ist Washingtons Kontrolle über interne Prozesse in der Ukraine seit Beginn des Kriegs mit Russland geschwunden und reduziert sich nun auf die Kontrolle über Selensky selbst. Es scheint aber so, dass er nicht kontrolliert werden kann. Tatsächlich ist er unkontrollierbar geworden.

Es bleiben zwei Möglichkeiten: Entweder Selensky zum einvernehmlichen Rücktritt zu überreden, indem man auf Washingtons auserwählten Nachfolger verweist, oder ihn einfach zu liquidieren. Ein toter Held ist besser als ein lebender Psychopath. Natürlich geschieht das alles zum Vorteil Russlands. Je länger Selensky an der Macht bleibt, desto länger wird die Ukraine weiterkämpfen und das Land dem endgültigen Zusammenbruch näherbringen. Deshalb sollte sich Russland um Selensky kümmern und ihn so gut wie möglich beschützen und an der Macht halten.

Übersetzt aus dem Englischen.


Sergei Poletajew ist Mitbegründer und Herausgeber des Vatfor Project.


Quelle: <https://freeassange.rtd.me/meinung/186077-zwei-moeglichkeiten-fuer-usa-selenskij/>

Der «langsame Mord» an Julian Assange wegen Aufdeckung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Hwludwig, Veröffentlicht am 5. November 2023

Der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis hat kürzlich zum zweiten Mal den australischen Journalisten Julian Assange im englischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London besucht, wo dieser seit Jahren ohne strafrechtlichen Schuldnachweis unter unmenschlichen Folterbedingungen gefangengehalten wird. Anschliessend richtete Y. Varoufakis am 14.10.2023 an uns alle einen eindringlichen Appell, auf den ich auf «AnderweltOnline.com» aufmerksam geworden bin und nachfolgend ebenfalls veröffentliche. (hl)






Ich habe zum zweiten Mal **Julian Assange** im Belmarsh Gefängnis besucht. Im **Guantanamo Großbritannien**. Er ist 23 Stunden am Tag in Einzelhaft, und das seit 3,5 Jahren!

Sie wollen ihn nicht brechen. Sie wollen ihn **töten**. Es ist **langsamer Mord** an einem Mann, der **nicht schuldig** gesprochen wurde. Der nur angeklagt wurde, **Journalismus** begangen zu haben. (...)

Falls du das Recht haben willst zu wissen, was deine Regierung hinter deinem Rücken tut, falls du das Recht haben möchtest, zu erfahren, dass deine Regierung **in deinem Namen Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht**, dann musst du für Julian Assanges Freiheit kämpfen.

Weil Julian Assange für **dein Recht** kämpft, genau das zu wissen.



YANIS VAROUFAKIS

• EHEMALIGER FINANZMINISTER VON GRIECHENLAND •
AM 14.10.2023

HELDEN & HALUNKEN
WWW.HELDENHALUNKEN.DE

Nachbemerkung:

Als grüne Kanzlerkandidatin, schreibt die linke «taz» am 30.10.2023, habe Annalena Baerbock im September 2021 «die sofortige Freilassung von Julian Assange» gefordert. Doch als Aussenministerin habe sie monatelang Anfragen zu dem seit über vier Jahren in London inhaftierten Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks ignoriert. «Ein bis dahin ungekanntes Vorgehen eines Bundesministeriums.» ...

«Stella Assange, Anwältin und Frau des seit 2012 von der US-Regierung verfolgten Verlegers, besuchte im April 2023 das taz.lab in Berlin. Dabei wollte sie auch Baerbock treffen, aber so kam es nicht. Stattdessen empfing eine Beauftragte im Auswärtigen Amt die Juristin – unter der Bedingung, dass das Treffen geheim gehalten werden müsse.» ...

Baerbocks Staatssekretär Thomas Bagger habe jetzt auf eine kleine Anfrage der Linken-Abgeordneten Sevim Dağdelen geantwortet, konkret auf die Frage nach Massnahmen der Bundesregierung, die Bundesregierung habe «keinen Zweifel daran, dass die britische Justiz rechtsstaatliche Prinzipien anwendet und die Menschenrechte achtet». (Hervorhebung hl) Ansonsten äussere man sich zu den Inhalten vertraulicher Gespräche mit anderen Regierungen «grundsätzlich nicht».

<https://taz.de/Annalena-Baerbock-und-Julian-Assange/!5966758/>

Das Amt macht den Menschen.

Es muss jeder von uns für die Freiheit Julian Assanges kämpfen. (hl)



Kundgebung für die Freilassung von Julian Assange, London, Juni 2023

Foto: Rasid Necati Aslim/AA/picture alliance

Nähere Informationen zu Julian Assange:

<https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/05/06/narr-oder-held-die-jagd-der-maechtigen-nach-julian-assange-dem-mutigen-der-sie-entlarvte/>

<https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/07/10/un-voelkerrechtler-prangert-scharf-die-kriminalisierung-kollektive-verfolgung-und-folterung-des-journalisten-julian-assange-an/>

<https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/11/08/ex-botschafter-assange-wird-zu-tode-gefoltert/>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/11/05/der-langsame-mord-an-julian-assange-wegen-aufdeckung-von-verbrechen-gegen-die-menschlichkeit/>

Das Irrenhaus auf dem blauen Planeten – Krieg aller gegen alle

5 Nov. 2023 20:22 Uhr

Die ausgebrochenen Konflikte in der Ukraine und in Nahost legen viel Verlogenheit, Scheinheiligkeit und Irrsinn offen, im Westen, aber nicht nur. Jeder scheint gegen jeden zu kämpfen und ethnische, politische und religiöse Abgrenzungen spielen nur als Vorwand für Hass eine Rolle. Tatjana Montjan kann darüber nur den Kopf schütteln.

Von Tatjana Montjan

Die Welt wird aktuell von einer Welle des Antisemitismus überrollt. Dabei wird fast niemand der vom Hass Geleiteten erkennen, dass es verschiedene Arten von Juden gibt, darunter auch wütende Antizionisten von «Neturei Karta», christlich Getaufte, Atheisten und andere. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass es unter den überzeugten Zionisten genügend Menschen verschiedener ethnischer Herkunft gibt, die durch das Konversionsverfahren zum Judentum übergetreten sind. Der Hass schert alle über einen Kamm.

Nebenbei – auch der Begriff «Antisemitismus» selbst wirft Fragen auf, wenn man bedenkt, dass zu den modernen semitischen Völkern Araber, Juden, Malteser, Libanesen, Assyrer, Nachkommen der alten Vertreter der südlichen Untergruppe der Südsemiten in Südarabien (Mahri, Shahri, Sokotrianer), Amhara, Tigre, Tigray und eine Reihe anderer Nationalitäten in Äthiopien gehören.

In allen westlichen Ländern, auch in den USA, haben die Jünger von Soros und die Neocons plötzlich eine propalästinensische Haltung eingenommen und machen die israelischen Zionisten für alles Übel verantwortlich. Es stellt sich heraus, dass der ganze Pöbel, der von dem Juden Soros gesteuert wird – angeführt von Megastar Greta Thunberg und der jungen Generation «progressiver Demokraten» im US-Kongress –, nicht nur für die ukrainischen Speckreich-Nazis ist, sondern auch ein ideologischer Gegner Israels und ein Verfechter der Rechte der unterdrückten Palästinenser! Wer hätte das gedacht!

Das ist aber noch nicht alles! Es wurde bekannt, dass der Sohn eines Hamas-Führers, Mosab Hassan Yousef, die Befreiung des Gazastreifens vom Einfluss dieser islamistischen Bewegung fordert. Yousef ist ein Agent der israelischen Spionageabwehr Shabak, konvertierte zum Christentum und lebt heute in den USA. Sein Vater, Scheich Hassan Yousef, erklärte ganz wie Gogols Taras Bulba («Ich habe dich gezeugt, ich werde dich töten»), er habe keinen Sohn mehr. Ja, das klassische Thema des Konflikts zwischen Vätern und Söhnen im Zusammenhang mit Politik und Kriegen ist einer der ewigen Plots der Weltliteratur, das sich mit beneidenswerter Regelmässigkeit im wirklichen Leben wiederholt.

Auch der Hass gegen Russen differenziert nicht. Im trüben Strom der vom kollektiven Westen inspirierten Russophobie gehen die pathetischen Schreie der Scharen liberaler russischer Kriegsgewinner unter. Sie schreien aus Leibeskräften, dass sie sich schämen, Russen zu sein, oder dass sie «gute Russen» sind – aber was nützt das?

Und damit es niemandem langweilig wird, werden ich und Ukrainer wie ich gleichermassen sowohl von den Speckreich-Nazis (ebenfalls, wohlgemerkt, verschiedener ethnischer Herkunft) als auch von russischen Superpatrioten stigmatisiert. Dabei geben ukrainischsprachige Ukrainer – und sogar Galizier mit prosowjetischen und prorussischen Ansichten – Koordinaten der ukrainischen Streitkräfte an die russische Armee weiter und riskieren damit, schlimmstenfalls zu Tode gefoltert oder bestenfalls für lange Zeit in ein Untersuchungsgefängnis gesperrt zu werden.

Und noch ein pikantes Detail. Während das Internationale Olympische Komitee wegen der Lage in der Ukraine russische Athleten nicht zu Wettkämpfen zulässt, argumentiert es im Zusammenhang mit dem Konflikt im Nahen Osten, dass Athleten nicht für die Handlungen ihrer Regierungen verantwortlich gemacht werden können! Das IOC begründet dies mit der Tatsache, dass Russland im Februar 2022 den olympischen Waffenstillstand verletzt haben soll, der bis sieben Tage nach dem Ende der Spiele gilt, was man laut dem IOC von Israel nicht behaupten kann.

Wie Sie sehen, ist alles durcheinander auf unserem kleinen blauen Planeten. Und viele werden in diesem Irrenhaus leider nicht überleben.

Tatjana Montjan ist ukrainische Rechtsanwältin und Strafverteidigerin, Publizistin und Bloggerin. Vor Beginn der russischen militärischen Intervention musste sie Kiew verlassen, nachdem sie vor der UNO über die Zustände in der Ukraine gesprochen hatte. Derzeit lebt sie im Donbass, engagiert sich für humanitäre Hilfe und führt Videoblogs.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/meinung/186047-irrenhaus-auf-blauen-planeten-krieg/>



Ein Artikel von Karin Leukefeld, 4. November 2023

Israel hat Probleme mit den Vereinten Nationen. Geht es um den Konflikt des Landes mit Palästina, geraten israelische Diplomaten schnell ausser sich und fordern die Weltorganisation und deren Mitgliedsstaaten heraus. Das anhaltende Bombardement der Bevölkerung in Gaza, von dicht besiedelten Wohnvierteln, Flüchtlingslagern, Schulen, Krankenhäusern, ziviler Infrastruktur, von Journalisten und ihren Familien zeigt, dass Israel zentrale Vereinbarungen des internationalen Rechts ignoriert. Von Karin Leukefeld.

Hintergrund

Resolution 273 der Generalversammlung, 11. Mai 1949 nach Kenntnisnahme des Berichts des Sicherheitsrats über den Antrag Israels auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, in Anbetracht der Tatsache, dass Israel nach dem Urteil des Sicherheitsrates ein friedliebender Staat ist und in der Lage und willens ist, die in der Charta enthaltenen Verpflichtungen zu erfüllen, in Anbetracht der Tatsache, dass der Sicherheitsrat der Generalversammlung empfohlen hat, Israel zur Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zuzulassen, ferner in Kenntnis der Erklärung des Staates Israel, dass er «die Verpflichtungen der Charta der Vereinten Nationen vorbehaltlos akzeptiert und sich verpflichtet, sie von dem Tag an zu erfüllen, an dem er Mitglied der Vereinten Nationen wird» unter Hinweis auf ihre Resolutionen vom 29. November 1947 und 11. Dezember 1948 und unter Kenntnisnahme der Erklärungen und Erläuterungen, die die Vertreter der Regierung Israels vor dem Politischen Ad-hoc-Komitee in Bezug auf die Durchführung der genannten Resolutionen abgegeben haben,

Die Generalversammlung

in Erfüllung ihrer Aufgaben nach Artikel 4 der Charta und Artikel 125 ihrer Geschäftsordnung,

1. beschliesst, dass Israel ein friedliebender Staat ist, der die in der Charta enthaltenen Verpflichtungen annimmt und in der Lage und willens ist, diese Verpflichtungen zu erfüllen;
2. beschliesst, Israel zur Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zuzulassen.

Quelle: UN

UN-Mitgliedschaft an Bedingungen gebunden

«(...), dass Israel ein friedliebender Staat ist, der die in der Charta enthaltenen Verpflichtungen annimmt» und erfüllt

Die Menschen im Bombenhagel nicht zu schonen, ihnen Wasser, Strom, Treibstoff, medizinische Versorgung, Lebensmittel, Kommunikationsverbindungen zu kappen, gilt auch im Krieg als Verbrechen. Während immer mehr Staaten ihre Botschafter aus Israel zurückrufen oder – wie Bolivien – die diplomatischen Beziehungen abbrechen, verharrt die Bundesregierung in Berlin in Nibelungentreue an der Seite Israels. Ausenministerin Baerbock erklärte, Israel habe – wie jeder Staat auf der Welt – die Pflicht, seine Bevölkerung zu schützen und sich gegen Angriffe zu verteidigen. Die Menschen im Flüchtlingslager Jabaliya – von Israel innerhalb von 24 Stunden zwei Mal bombardiert – bezeichnete Baerbock als «menschliche Schutzschilde» der «Terrororganisation Hamas». Das offenbart nicht nur Menschenverachtung gegenüber den Opfern der Bombenangriffe, es zeigt auch, dass die deutsche Aussenministerin die Geschichte des Staates Israel und von Palästina nicht kennt.

Die UN zerteilt Palästina

Vor dem Ende der britischen Mandatszeit (1920 bis 1948) wurde Palästina mit dem UN-Teilungsplan geteilt (UN-Resolution 181 II). Damit folgte die neu gegründete UNO einem Versprechen der britischen Kolonialmacht aus dem Jahr 1917. Damals hatte der britische Aussenminister Lord Balfour der zionistischen Nationalbewegung die Unterstützung der britischen Krone bei der Bildung einer «jüdischen Heimstatt» in Palästina zugesagt. Die in Palästina lebende Bevölkerung lehnte das ab, und schon bevor und während der UN-Teilungsplan diskutiert wurde, gab es Proteste und Kämpfe.

Der im November 1947 beschlossene Teilungsplan (UN-Resolution 181 II) teilte Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Obwohl von den damals rund 1'900'000 Einwohnern mehr als zwei Drittel muslimische, christliche und drusische Palästinenser und ein Drittel zumeist eingewanderte Juden waren, hatte die ursprünglich dort lebende palästinensische Bevölkerung keine Stimme. Ein Referendum war abgelehnt worden. Der jüdische Staat sollte 56,47 Prozent Palästinas umfassen, der arabische Staat 42,88 Prozent. Die Stadt Jerusalem sollte mit 0,65 Prozent als «corpus separatum» unter UN-Verwaltung gestellt werden. Alle drei Teile sollten in einer Wirtschaftsunion zusammengefasst werden. Die Hafenstadt Jaffa gehörte zum arabischen Staat. Die UNO hatte damals 56 Mitgliedsstaaten, von denen 33 dafür, 13 dagegen stimmten und zehn Staaten sich enthielten. Alle arabischen Staaten stimmten dagegen.

Die Vertreibung

Obwohl die Zionisten den Teilungsbeschluss als Gründungsdokument ihres Staates ansahen, starteten sie unmittelbar nach Verabschiedung des Teilungsplans militärische Operationen zur Vertreibung der Palästinenser, um das ihnen mit dem Teilungsplan zugestandene Gebiet zu erweitern. Sie überfielen Dörfer, töteten und vertrieben die Bevölkerung. 530 palästinensische Dörfer wurden zerstört. Beim Jahreswechsel 1948/49 verfügten die Palästinenser nur noch über 22 Prozent des Landes, das der UN-Teilungsplan für sie vorgesehen hatte. Ost-Jerusalem war von jordanischen arabischen Legionen gegen die zionistischen Milizen verteidigt worden. West-Jerusalem dagegen war schon früh von der zionistischen Untergrundarmee Haganah eingenommen und die palästinensische Bevölkerung vertrieben worden. Damit ignorierten die Zionisten auch den Teil des UN-Teilungsplans, wonach Jerusalem als «corpus separatum» unter internationale Verwaltung gestellt werden sollte.

Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel ausgerufen. Am Tag darauf, am 15. Mai 1948, beantragte Israel die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen. Der Antrag wurde vom UN-Sicherheitsrat nicht behandelt.

Ebenfalls am 15. Mai 1948 erklärten die arabischen Staaten Israel den Krieg. Die UN-Vollversammlung ernannte am 20. Mai 1948 den schwedischen Diplomaten Graf Folke Bernadotte zum UN-Vermittler für Palästina. Bernadotte konnte einen Waffenstillstand verhandeln und legte den Grundstein für das UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge, die UNRWA. Er äusserte sich kritisch zu den «ethnischen Säuberungen» gegen die Palästinenser und darüber, «dass Israel ganz Jerusalem für sich beanspruchte, was dem UN-Teilungsplan widersprach. Am 17. September 1948 wurde der UN-Sonderversmittler Bernadotte von der Stern Gruppe, einer zionistischen Miliz, ermordet. Der Stern Gruppe gehörte auch Yitzhak Schamir an, der spätere israelische Ministerpräsident. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte die Ermordung Bernadottes.

Am 11. Dezember 1948 verabschiedete die UN-Generalversammlung die Resolution 194, in der der Status von Jerusalem und das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge (wenn machbar) sowie die Wiedergutmachung für ihre Verluste festgelegt wurden. Am 17. Dezember 1948 wurde ein zweiter Antrag Israels auf Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen vom UN-Sicherheitsrat abgelehnt.

Nach Parlamentswahlen 1949 stellte Israel zum dritten Mal einen Antrag auf die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen. Am 4. März 1949 stimmte der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 69 für die Mitgliedschaft. Vorbehalte kamen von Grossbritannien, das sich bei der Abstimmung mit der Begründung enthalten hatte, dass Israel sich nicht an die UN-Prinzipien halte und den UN-Teilungsplan nicht akzeptiere. Die UN-Vollversammlung stimmte der Mitgliedschaft Israels am 11. Mai 1949 zu, formulierte aber Bedingungen. Danach wird Israel als Mitglied bei den Vereinten Nationen aufgenommen unter der Bedingung, dass Israel die Resolutionen 181 II und 194, den UN-Teilungsplan und das Recht auf Rückkehr der Palästinenser (wenn machbar) sowie deren Wiedergutmachung akzeptiert und umsetzt.

Mehr als 200 Resolutionen allein des UN-Sicherheitsrates hat Israel seither ignoriert.

1967, nach dem Sechs-Tage-Krieg, wurde eine weitere wichtige Resolution der Vereinten Nationen verabschiedet, dieses Mal vom UN-Sicherheitsrat. Es handelte sich um die Resolution 242 vom 22. November 1967, die feststellt, dass die «Eroberung von Land durch Krieg unzulässig» sei und sich die israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten (1967) zurückziehen müsse. Dabei ging es um Ost-Jerusalem, das Westjordanland, den Gazastreifen und die syrischen Golanhöhen, die Israel im Sechs-Tage-Krieg (Juni 1967) besetzt hatte. Doch Israel hatte bereits damit begonnen, die besetzten Gebiete zu kolonisieren, insbesondere durch den illegalen Siedlungsbau. Israel versties damit gegen internationales Recht und die 4. Genfer Konvention.

Bei der UN-Generalversammlung am 22. September 2023 trat Ministerpräsident Benjamin Netanyahu mit einer Karte ans Rednerpult, auf der er demonstrieren wollte, dass Israel und Saudi-Arabien – damals in einem politischen Annäherungsprozess begriffen, der von den USA begleitet wurde – unmittelbar vor einer Vereinbarung stünden. Auf der Karte der Region, die Netanyahu in die Höhe hielt, umfasste Israel das gesamte Gebiet von Palästina, ohne dass das palästinensische Westjordanland, Gaza oder Ost-Jerusalem, die vorgesehene Hauptstadt eines Staates Palästina, zu sehen waren. Die palästinensischen Gebiete, die einen palästinensischen Staat bilden sollten, waren ausradiert.

Der Angriff der Qassam-Brigaden

Auf den beispiellosen Angriff der Qassam-Brigaden aus dem Gazastreifen auf Gebiete im südlichen Israel am 7. Oktober 2023 reagierte Israel mit beispielloser Gewalt gegen die Palästinenser zunächst im Gazastreifen, inzwischen auch im besetzten Westjordanland. Forderungen im UN-Sicherheitsrat und in der Generalversammlung nach einem Waffenstillstand und Hilfe für die Zivilbevölkerung wurden von israelischen Diplomaten mit Drohungen und Anschuldigungen beantwortet. Auch UN-Generalsekretär Antonio Guterres wurde beschimpft und zum Rücktritt aufgefordert, als er bei einer Sitzung im UN-Sicherheitsrat (24. Oktober 2023) darauf hinwies, dass der Angriff nicht aus dem luftleeren Raum gekommen sei. Seit mehr als 56 Jahren lebten die Palästinenser unter einer erdrückenden israelischen Besatzung, ein eigener Staat werde ihnen verwehrt. Keine Partei in einem bewaffneten Konflikt stehe über dem internationalen humanitären Recht, sagte Guterres unter Verweis auf die eindeutigen Verstösse gegen das humanitäre Recht, die in Gaza zu beobachten seien.

Die USA verhinderten mehrere Resolutionsentwürfe für einen sofortigen Waffenstillstand, die nicht das «Verteidigungsrecht» Israels und die Verurteilung der Hamas als «Terror-Organisation» enthielten. Während der politischen Kämpfe im UN-Sicherheitsrat wurden (Stand 2. November) durch die israelischen Bombardements auf den Gazastreifen mehr als 8700 Menschen getötet, darunter mehr als 3600 Kinder.

Am 27. Oktober 2023 nahm die UN-Generalversammlung mit 121:14:44 Stimmen eine Resolution arabischer Staaten an, in der ein «sofortiger, dauerhafter und nachhaltiger humanitärer Waffenstillstand» zwischen den israelischen Streitkräften und den Kämpfern der Hamas in Gaza gefordert wird. Zudem müsse eine «kontinuierliche, ausreichende und ungehinderte» Versorgung der in Gaza eingeschlossenen Zivilbevölkerung sichergestellt werden.

Israel lehnte ab und verstärkte sein Bombardement aus der Luft mit Artillerie und von der Marine auf den palästinensischen Küstenstreifen noch am gleichen Tag. Die Versorgung mit Wasser, Medikamenten und

Treibstoff ist unterbrochen. Die Kommunikation in Gaza wurde gekappt, weder Telefone noch Internetverbindungen funktionieren.

Am Montag (30. Oktober 2023) erschien der israelische UN-Botschafter Gilad Erdan mit einem gelben Davidstern auf seiner Anzugsjacke. «Never again» stand darauf, «nie wieder». Die zwei Worte erinnern an den deutschen Faschismus und dessen Vernichtung von Juden, von religiösen, ethnischen und gesellschaftlichen Gruppen und politischen Gegnern. Er trage den Stern, «wie seine Grosseltern und die Grosseltern von Millionen Juden» den Stern getragen hätten, sagte Erdan. Man werde den Stern so lange tragen, bis die Vereinten Nationen die Gräueltaten der Hamas verurteilten und die sofortige Freilassung der Geiseln forderten.

Kritik an der Aktion kam vom Vorsitzenden der Gedenkstätte Yad Vashem, Dani Dayan. Sich den Stern anzuhängen sei eine «Schande für die Opfer des Holocaust und für Israel». Der gelbe Stern symbolisiere die Hilflosigkeit des jüdischen Volkes. Doch heute habe Israel einen unabhängigen Staat und eine starke Armee, so Dayan weiter: «Wir sind die Herren unseres eigenen Schicksals. Heute werden wir uns eine blau-weiße Flagge ans Revers heften, keinen gelben Stern.»

Zahlreiche UN-Diplomaten, UN-Organisationen und Institutionen haben appelliert, Israels Bruch des internationalen Rechts zu stoppen. Es wird nicht explizit gesagt, doch der Aufruf richtet sich an die Regierungen, die Israel – wie die USA und Deutschland – bewaffnen, politisch und medial unterstützen und – wie die USA – verhindern, dass der UN-Sicherheitsrat einstimmig und sofort einen Waffenstillstand fordert. Am 14. Oktober 2023 erklärte Francesca Albanese, die UN-Sonderbeauftragte für die Menschenrechte in den palästinensischen Gebieten, die seit 1967 von Israel besetzt gehalten werden, «unter dem Deckmantel des Krieges (...) versucht Israel erneut und im Namen der Selbstverteidigung zu rechtfertigen, was auf eine ethnische Säuberung hinauslaufen würde.»

Zur Erinnerung: Am 11. Mai 1949 war Israel als Mitglied bei den Vereinten Nationen unter der Bedingung aufgenommen worden, dass es die Resolutionen 181 II (den UN-Teilungsplan) und 194 (den UN-Teilungsplan und das Recht auf Rückkehr der Palästinenser (wenn machbar) und deren Wiedergutmachung) akzeptiert und umsetzt. Bis heute hat Israel es nie für «machbar» gehalten, dass die Palästinenser zurückkehren könnten. Im Gegenteil, Israel hat alles dafür getan, sich das Land Palästina anzueignen. Die USA haben immer ihre schützende Hand über Israel gehalten.

Die Palästinenser werden vertrieben, verhaftet und getötet. Im Oktober 2023 haben hochrangige israelische Politiker und Persönlichkeiten die Palästinenser als «Tiermenschen» bezeichnet.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=106177>

Schweiz – «Schutzstatus S» für Ukrainer bis 2025 verlängert; so geht die Schweiz kaputt

Donnerstag, 2. November 2023, von Freeman-Fortsetzung um 16:26

Die Schweiz hat diese Woche den Schutzstatus S für die Ukrainer bis März 2025 verlängert.

Das bedeutet: Jeder Ukrainer, der will, kann bis auf weiteres in die Eidgenossenschaft einwandern.

Die Benefits: Die Menschen haben sofort Anspruch auf Sozialhilfe. Sie erhalten eine kostenlose Krankenversicherung. Und sie bekommen nach fünf Jahren eine Aufenthaltsbewilligung.



Der amerikanische Hegemon hat mit der Pistole am Kopf des SEM befohlen; wir gehorchen.

<https://weltwoche.ch/daily/alle-ukrainier-die-wollen-koennen-weiter-in-die-schweiz-migrieren-auf-einen-aufruf-der-politik-dass-diesen-konflikt-endlich-zu-beenden-wartet-man-dagegen-weiter-vergebens/>

Schweiz verlängert Schutzstatus S: Jeder Ukrainer, der will, kann bis März 2025 einwandern. Auf einen Aufruf der Politik zum Waffenstillstand wartet man vergebens.

66'015 Personen nehmen aktuell diesen Schutzstatus in Anspruch.

Die Folgen sind horrende Kosten. Allein beim Bund wurden dieses Jahr vier Milliarden Franken fürs Flüchtlingswesen budgetiert, oder pro Kopf 450 Franken. Dazu kommen die Asylkosten in den Kantonen für Sozialhilfe, Gesundheitsversorgung, Integration, Schulen etcetera.

Angesichts dieser Ausgangslage hätte die Schweiz jedes Interesse, dass dieses sinnlose Gemetzel nach bald zwei Jahren endlich beendet würde. Doch auf einen Aufruf zu einem Waffenstillstand, Verhandlungen und einer Kompromisslösung von Schweizer Seite wartet man vergebens.

Schutzstatus S wird nicht aufgehoben

Bern, 1.11.2023 – Eine nachhaltige Stabilisierung der Lage in der Ukraine ist nicht absehbar. Der Schutzstatus S für Schutzsuchende aus der Ukraine wird deshalb nicht vor dem 4. März 2025 aufgehoben. Das hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 1. November 2023 entschieden. Erstmals hat er zudem ein Ziel für die Arbeitsmarktintegration definiert: Bis Ende 2024 sollen 40 Prozent der erwerbsfähigen Personen mit Status S einer Arbeit nachgehen.

Aufgrund des Krieges Russlands gegen die Ukraine hatte der Bundesrat per 12. März 2022 den Schutzstatus S für Personen aus der Ukraine aktiviert. Dieser dient dem vorübergehenden Schutz für die Dauer einer schweren allgemeinen Gefährdung. Per Ende Oktober 2023 hatten rund 66'000 Personen aus der Ukraine einen aktiven Status S in der Schweiz.

Der Schutzstatus S gilt bis zur Aufhebung durch den Bundesrat. Voraussetzung für die Aufhebung ist eine nachhaltige Stabilisierung der Lage in der Ukraine. Das bedeutet, dass die schwere allgemeine Gefährdung nicht mehr gegeben ist. Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass eine solche Stabilisierung weiterhin nicht absehbar ist. Nach wie vor muss auf dem gesamten Staatsgebiet der Ukraine mit kriegserischen Handlungen gerechnet werden.

Klarheit für Betroffene

Der Bundesrat hat deshalb entschieden, den Schutzstatus S bis zum 4. März 2025 nicht aufzuheben, sofern sich die Lage in der Ukraine nicht nachhaltig stabilisiert. Damit schafft er Klarheit für die Schutzsuchenden, die Kantone, Gemeinden und Arbeitgebende. Angesichts der Einbettung der Schweiz in den Schengen-Raum erachtet er auch eine enge Abstimmung mit der EU für unabdingbar. Die EU-Staaten haben am 19. Oktober 2023 beschlossen, den temporären Schutz bis zum 4. März 2025 zu verlängern.

Massnahmen für Arbeitsmarktintegration werden weitergeführt

Im Bereich der Arbeitsmarktintegration sieht der Bundesrat weiteren Handlungsbedarf. Die erstmals am 13. April 2022 beschlossenen und am 9. November 2022 verlängerten, spezifischen Unterstützungsmassnahmen für Personen mit Schutzstatus S (Programm S) werden ebenfalls bis zum 4. März 2025 verlängert. Der Bund beteiligt sich mit 3000 Franken pro Person und Jahr an diesen Massnahmen, insbesondere zur Sprachförderung, wobei der Beitrag gestaffelt an die Kantone ausbezahlt wird.

Gleichzeitig werden die Anstrengungen verstärkt, um möglichst viele Personen aus der Ukraine in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Bis Ende 2024 strebt der Bundesrat die Erhöhung der Erwerbsquote von aktuell rund 20 Prozent auf 40 Prozent an. Um dieses Ziel zu erreichen, wird das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) zusammen mit dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), den Kantonen und den Sozialpartnern weitere konkrete Massnahmen ausarbeiten und umsetzen. Für die Kantone gelten künftig verbindlichere Vorgaben für den Einsatz der Bundesbeiträge. Unter anderem müssen sie neu für alle Schutzsuchenden aus der Ukraine Sprachförderungsmassnahmen vorsehen sowie das Potential und den Förderungsbedarf im Einzelfall abklären.

Die Förderung der Erwerbsintegration dient nicht nur der Senkung der Sozialhilfekosten. Schutzsuchende aus der Ukraine können und sollen durch Integrationsmassnahmen, Bildung und Erwerbsarbeit auch aktiv am sozialen Leben teilnehmen und Fähigkeiten im Hinblick auf eine künftige Rückkehr in die Heimat erhalten und aufbauen.

Adresse für Rückfragen

Information und Kommunikation SEM, medien@sem.admin.ch

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/11/schweiz-schutzstatus-s-fur-ukrainer-bis.html#ixzz8IGajuPLN>

Ein herzlicher Dank – und ein grosser Wunsch aus der Ukraine

Von: Maxim Goldarb, 01. November 2023

(Red.) Gestern erreichte uns aus Kiev der folgende Brief, verbunden mit der ausdrücklichen Bitte, ihn zu publizieren. Diesem Wunsch kommen wir gerne nach. (cm)



Kiev, Platz der Unabhängigkeit, Erinnerungsbild aus friedlichen Zeiten vor dem Putsch auf dem Maidan (Foto Christian Müller)

Lieber Christian (*)

ich bin Ihnen und Ihrer Publikation Globalbridge.ch dankbar, dass Sie meine Artikel furchtlos veröffentlichen, obwohl die westlichen Regierungen und die meisten Medien eine Politik des Schweigens über die tatsächliche Situation in der Ukraine verfolgen.

Erst kürzlich wurde mein Artikel über die Tatsache veröffentlicht, dass in der Ukraine alle, die mit der Regierung nicht einverstanden sind, zu «Staatsverrätern» erklärt werden. Nur wenige Wochen nach der Veröffentlichung dieses Artikels, am 12. Oktober 2023, führte der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) eine Hausdurchsuchung in meiner Wohnung in Kiew durch, bei der persönliche Gegenstände und Rentenersparnisse meiner Eltern beschlagnahmt wurden, da die Strafbehörden nichts Illegales finden konnten. Dann haben der Sicherheitsdienst der Ukraine und die Staatsanwaltschaft – als ob sie dem Algorithmus folgen würden, den ich damals erwähnt hatte – mich in Abwesenheit angeklagt, angeblich Informationsaktivitäten zugunsten des Aggressors (Russland, Red.) zu begehen und den Angriff gegen die Ukraine zu rechtfertigen.

Dem Gericht wurde ein Antrag auf meine Verhaftung und Unterbringung im Gefängnis übermittelt. Gleichzeitig wurde mir das Verdachtsdokument selbst aber nicht ausgehändigt und nicht zugestellt, wie es das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren verlangt hätte, wodurch meine Rechte auf Verteidigung grob verletzt wurden.

Was aber war die Grundlage für den SBU und die Staatsanwaltschaft, eine so schwere Anschuldigung gegen mich zu erheben? Wahrscheinlich einige schwerwiegende Beweise für die Schuld? Beweise: Operative Daten, nicht klassifizierte Daten, Ergebnisse von Zeugenbefragungen, Ergebnisse von Telefonabhörungen, Durchsuchungen und Inspektionen? Nein! Vielleicht Spionage, Sabotage, Staatsstreich, Mord, Korruption? Auch nein! Denn das war es nicht und konnte es auch nicht sein: Als Anwalt, als Advokat, agiere ich immer ausschliesslich im juristisch korrekten Bereich. Heute aber braucht man in der Ukraine keine Schuldbeweise mehr, um Oppositionelle strafrechtlich zu verfolgen, es genügen Beiträge in sozialen Netzwerken und/oder Aussagen über die Ursachen und Folgen des Krieges in der Ukraine, also eine andere, von der Position der offiziellen ukrainischen Behörden abweichende Haltung.

Worüber habe ich also in meinen Artikeln, Beiträgen in sozialen Netzwerken, Reden und Interviews gesprochen? Ich habe über die Notwendigkeit einer sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten und den Beginn von Friedensgesprächen gesprochen. Ich habe über die herannahende nukleare Katastrophe geschrieben. Ich habe auf die Nutzniesser des Krieges in der Ukraine hingewiesen, in erster Linie auf die Oligarchie und den militärisch-industriellen Komplex. Ich habe über die unvorstellbare Korruption im Krieg und im Alltagsleben geschrieben. Ich habe offen über das Aufblühen des Neonazismus im Land gesprochen. Ich habe historische Parallelen gezogen, um sie mit den heutigen Umständen zu vergleichen. Ich schrieb und sprach über all das, was in der Ukraine, in den USA, in Europa und überall auf der Welt schon lange bekannt ist. Heute ist eine solche Meinungsäußerung in der Ukraine ein Gesinnungsverbrechen, eine schwere Sünde in den Augen der derzeitigen Regierung, denn Dissens, Objektivität und Wahrheit untergraben die Basis ihrer Macht. Dies wird in der heutigen Ukraine mit der grundlosen Verhaftung ohne Haftbefehl mit bis zu 15 Jahren Gefängnis und der Konfiszierung des gesamten Eigentums bestraft.

Meine politisch motivierte strafrechtliche Verfolgung ist eines der bezeichnenden Beispiele für die Gesetzlosigkeit und die systematisch aufgebaute repressive Politik des Selensky-Regimes, die auf die vollständige Beseitigung von Dissens und Opposition in der Ukraine und auf die Errichtung einer Diktatur abzielt.

Lieber Christian,

heute brauche vor allem ich persönlich, aber auch die Ukraine als Ganzes, Ihre publizistische und menschliche Unterstützung wie nie zuvor, in welcher Form auch immer sie sich äussern mag:

- 1) die Veröffentlichung dieses Briefes auf den Seiten Ihrer Publikation;
- 2) Hilfe bei der Verbreitung dieser Informationen in allen möglichen anderen Medien;
- 3) Appell an Menschenrechtsorganisationen, die Regierung und das Parlament der Schweiz und anderer Länder, sich der Kampagne zur Verteidigung der Redefreiheit und der Demokratie in der Ukraine anzuschliessen;
- 4) jede andere Form der Unterstützung, die Sie für sinnvoll halten.

In der gegenwärtigen Situation, in der die Opposition in der Ukraine verboten ist und verfolgt wird, in der die ukrainischen Oppositionsmedien geschlossen wurden und die verbliebenen nur noch offizielle Propaganda verbreiten, in der das Gesetz in der Ukraine nichts gilt und die Menschenrechte systematisch und demonstrativ von den Behörden verletzt werden, ist die Unterstützung und gegenseitige Hilfe von anständigen und aktiven Menschen unerlässlich.

Mit Respekt,

Maxim Goldarb,

Vorsitzender der Partei «Union der Linken Kräfte – Für einen neuen Sozialismus» (*)

(*) In vielen Kulturen und Sprachen spricht man einander, auch wenn man im Text die Höflichkeitsform benutzt, mit dem Vornamen an. «Lieber Christian» heisst also nicht, dass wir alte Duz-Freunde sind. Und wenn Maxim Goldarb für einen «neuen Sozialismus» eintritt, dann ist damit nicht der «Sozialismus» zu Zeiten der Sowjetunion gemeint, sondern ein Sozialismus im Sinne einer (westlichen) sozialdemokratischen Partei. – Globalbridge.ch wird alles tun, um seine Wünsche zu erfüllen. (cm)
Quelle: <https://globalbridge.ch/ein-herzlicher-dank-und-ein-grosser-wunsch-aus-der-ukraine/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte «Todesrune», die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die «Todesrune» bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die «Todesrune» als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der «Todesrune», die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM**FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN**

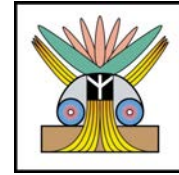
Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2023
Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz